

DIE SCHWEIZ IN EUROPA FRAGEN UND ANTWORTEN

Unterstützt Ihre Vereinigung die am 1. Dezember 2014 lancierte Initiative «Raus aus der Sackgasse!» mit dem Ziel, Volk und Kantone über die Streichung des am 9. Februar 2014 in die Bundesverfassung aufgenommenen Artikels 121 a über die «Masseneinwanderung» abstimmen zu lassen?

Wir begrüßen nachdrücklich die allgemeine Ausrichtung dieser Initiative, die auf der Einsicht beruht, dass die Schweiz in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse ihre Beziehungen mit der Europäischen Union gemäss der sogenannten bilateralen Methode wahren und ausbauen muss. Über die Details der Vorgehensweise und des Kalenders kann man verschiedener Ansicht sein: Verhandlungen mit der EU, interne Gesetzgebung, verfassungsmässige Abstützung usf. Dabei ist durchaus nicht auszuschliessen, dass sich der Souverän erneut an der Urne über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess ässern muss.

Dieser Appell zeugt von einem ausgeprägt europäischen Geist; doch kommt er nicht etwas spät? Hätte die Mobilisierung nicht vor dem 9. Februar 2014 erfolgen müssen?

Die Frage ist berechtigt. Die Europapolitik der Schweiz wird beherrscht vom Konzept einer Partnerschaft mit der Europäischen Union (der Bilateralismus); diese wird mit der Annahme der Initiative «gegen die Masseneinwanderung» tatsächlich in Frage gestellt. Verschiedene Kommentatoren hatten darauf hingewiesen; doch die Abstimmungskampagne konzentrierte sich auf Einwanderungsstatistiken und auf Auswirkungen auf das tägliche Leben in der Schweiz. Ganz offensichtlich wollte man nicht zwei Debatten aufs Mal führen und zudem dachten wohl viele, die Wiedereinführung von Quoten auf dem Arbeitsmarkt habe keine Chance, angenommen zu werden; sie täuschten sich!

Doch sollte man sich nun nicht auf die Folgen des «9. Februars» konzentrieren: Durchführungsgesetzgebung, Verhandlungen mit der Europäischen Union, gegebenenfalls neue Abstimmung über das gleiche Thema?

Diese Folgearbeiten stellen für die schweizerische Politik tatsächlich eine Priorität dar – wobei man erst noch davon ausgeht, dass die noch radikalere «Ecopop»-Initiative von Volk und Ständen verworfen werden wird; hoffentlich haben die Optimisten diesmal recht! Die Umsetzung des neuen Artikels 121 a der Bundesverfassung wird schwierig sein, hat doch die Union unmissverständlich klar gemacht, dass die Freizügigkeit der Arbeitskräfte – eine der Säulen des europäischen Binnenmarkts – mit mengenmässigen Beschränkungen samt einer Präferenz für einheimische Arbeitnehmer nicht vereinbar ist. Man muss indessen den Willen des Bundesrats anerkennen, keinen Weg zu vernachlässigen, der es gestatten würde, die Beteiligung der Schweiz an diesem Markt zu wahren, sei es auf dem Verhandlungsweg oder/und mittels autonomer Massnahmen.

Vermag denn dieser Appell Antworten zu geben auf die aktuellen Herausforderungen der Schweiz in Europa? Begnügt er sich nicht mit vagen Visionen – das Europa des Friedens, das Europa der Werte, das Europa der Globalisierung?

Einzelne Unterzeichner hätten es zweifellos vorgezogen, wenn der Appell eine präzisere Handlungslinie aufzeigen würde: einen «renovierten» Bilateralismus, mit oder ohne institutionellen Rahmenvertrag, eine neue Prüfung der Formel des Europäischen Wirtschaftsraums, oder sogar den Beitritt der Schweiz zur Union. Wären wir eine politische Partei oder eine fest strukturierte staatsbürgerliche Vereinigung, so wäre diese Aufforderung, unsere Linie genauer zu definieren, zweifellos berechtigt. Indes, das Ziel dieser informellen Gruppe von Freunden ist sowohl bescheidener als auch anspruchsvoller: Wir rufen nach einer offenen und verantwortungsvollen Debatte. Der Bürger kommt nicht darum herum, sich sowohl über Grundsätze und Ziele als auch über konkrete Massnahmen eine Meinung zu machen; man kann nicht entscheiden ohne übergeordnete Bezugspunkte.

Welcher Platz soll der direkten Demokratie zukommen?

Es kommt ihr zweifellose eine zentrale Bedeutung in unserem politischen System zu; doch denken wir auch daran, dass ein Land wie die Schweiz «lesbar» bleiben muss. Wenn wir respektiert werden wollen, so müssen unsere Entscheide verstanden werden und voraussehbar sein. Heute scheint jedoch die direkte Demokratie gewisse Kreise zu ermutigen, ihre Chance stets wieder mit populistischen Initiativen zu versuchen, die ihnen eine schöne Sichtbarkeit verleihen, selbst wenn sie unterliegen. So sieht man denn immer häufiger grosse politische Parteien, die die Regierungsverantwortung teilen – also nicht bloss kleinere oppositionelle Formationen –, sich für Politiken stark zu machen, die mit der Linie des Bundesrats in offenem Widerspruch stehen; sie locken den Teufel, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, um die Medienbühne zu besetzen

Zurück zum doch deutlich proeuropäischen Ton dieses Appells: Stimmt es denn nicht, dass Europa und damit auch die europäische Idee in einer Krise stecken? Ist dies der richtige Augenblick, um eine Grundsatze debatte auszulösen?

Gute Frage! Dass das europäische Einigungswerk Schwierigkeiten begegnet, ist unbestreitbar – es ist auch nicht das erste Mal! – und es stimmt auch, dass die Herausforderungen gross sind, beispielsweise auf dem Gebiet der Beschäftigung oder des Wachstums; auch die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung in einzelnen Mitgliedstaaten gibt zur Besorgnis Anlass. Es ist aber doch so, dass die Völker Europas Lösungen nicht darin finden werden, dass sich jeder wieder in sein Schneckenhaus zurückzieht, dass das gemeinsam begonnene Werk wieder auseinandergenommen und den gemeinsamen Anstrengungen ein Ende gesetzt wird. Jene, die gewisse Politiken der Union kritisch beurteilen, schlagen denn auch regelmässig nicht «weniger Europa», sondern vielmehr «mehr Europa» vor. Genau in diesem Punkt täuschen sich denn auch die neonationalistischen Kräfte, die in mehreren Ländern den Wind in den Segeln haben.

Europa steckt in einer Krise – und schreitet dennoch voran...?

Man kann das so ausdrücken. Jedenfalls konnten im Verlauf der letzten Jahre auf einer Reihe von Gebieten Fortschritte erzielt werden, um Antworten auf Fehlentwicklungen in der europäischen Politik zu finden. Das jüngste Beispiel stellt die neue Politik der Union auf dem Gebiet des Bankwesens dar. Das betrifft auch die Schweiz, denn unsere Banken stehen mit jenen der Unionstaaten in Konkurrenz auf dem internationalen Markt. Wir müssen dies berücksichtigen.

Und zurück zur Einwanderung: Haben die Verfasser des Appells klare Ideen über das, was zu tun wäre, wenn man Quoten ablehnt? Ist denn nun die Übervölkerung ein Problem oder ist es keines?

Zunächst ist daran zu erinnern, dass die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, wie sie die Union praktiziert, deren Staatsangehörigen, nicht jedoch jenen von Drittstaaten oder gar Flüchtlinge offensteht. Ein Arbeitnehmer in der Union hat mit anderen Worten das Recht, eine innerhalb der Mitgliedstaaten effektiv angebotenen Arbeitsplatz zu suchen und anzunehmen. Erweist sich ein Staat diesbezüglich als zu attraktiv, so ist dieser Staat durchaus befugt, eine nationale Politik zu entwickeln, die die Zunahme der Zahl der von den eigenen Firmen nachgefragten Spezialisten oder anderer Fachkräfte dämpft: Er kann beispielsweise auf Fördermassnahmen für ausländische Investoren – steuerliche Privilegien z.B. – verzichten, Politiken entwickeln, die auf dem Arbeitsmarkt das Angebot der Nachfrage annähern, etwa was die beruflichen Qualifikationen anbelangt, die Frauenarbeit fördern oder das Rentenalter anheben, usf. Er kann auch die Wohnbaupolitik oder die Verkehrspolitik effizienter gestalten. Das Wachstum der Bevölkerung kann kontrolliert werden; deswegen jedoch die Freizügigkeit zu beschränken, wird weder den Wohnungsmangel, noch die Überlastung der Verkehrsinfrastruktur oder Sicherheitsprobleme lösen. Hingegen belasten wir unsere Unternehmen mit schwerwiegenden Problemen in der Rekrutierung von Fachkräften, die bei uns fehlen.

Arbeitet denn Ihre Gruppe mit anderen proeuropäischen Formationen zusammen?

Wir arbeiten mit all jenen zusammen, die sich für eine auf die Welt und insbesondere auf Europa hin offene Schweiz einsetzen. Anfang November kamen in Bern, unter dem Vorsitz von Markus Notter, ehemaliger Zürcher Regierungsrat und Präsident des Europainstituts der Universität Zürich, rund fünfundzwanzig Bewegungen, Institute und Initiativen zu einer ersten Kontaktnahme und einem Gedankenaustausch zusammen. Es wurde der Vorschlag gemacht, diese Gesprächspartner – die übrigens in ihrer Zusammensetzung und ihrer Arbeitsweise grosse Unterschiede aufweisen – in einer informellen Plattform zusammenzufassen.

Beabsichtigen die Redaktoren, gestärkt durch die gesammelten Unterschriften, politische Aktionen in die Wege zu leiten?

Zunächst ist festzuhalten, dass die Redaktoren keine politischen Ambitionen im Sinne der Parteipolitik hegen, weder individuell noch kollektiv. Ihr Hauptziel ist es, einen Beitrag zu einer nationalen Debatte zu leisten; sie halten diese für wesentlich, und deren Niveau muss hoch bleiben. An dieser Debatte sollen sich auch andere Kräfte, möglicherweise mit profilierten Initiativen, beteiligen. Die Gruppe muss auch die Diversität der Unterzeichner respektieren, die die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite widerspiegeln. Man kann eine solche Unterschriftensammlung nicht zum Anlass nehmen, um sich in politische Aktionen oder Stellungnahmen zu stürzen, die den Auffassungen lediglich eines Teils der Unterzeichner oder gar nur einzelner Redaktoren entsprechen.

Und eine letzte Frage noch zur Option eines Beitritts der Schweiz zur Europäischen Union; muss man davon ausgehen, dass einige der Unterzeichner diese anstreben? Ist dies noch eine realistische Option?

Ziel unseres Appells ist es nicht, uns für einen Beitritt einzusetzen, sondern uns gegen die Versuchung eines Rückzugs und einer Abschottung zur Wehr zu setzen. Die Debatte um unsere Beziehungen zur Europäischen Union soll rational sein, unseren Idealen und auch unseren Interessen entsprechen. Die Schweiz verfügt über eine lange Tradition der Öffnung auf die Welt hin und der aktiven Mitwirkung an der Ausarbeitung des Völkerrechts, wie auch der Zusammenarbeit mit ihren europäischen Nachbarn. Sie hat davon stark profitiert; und das in Frage zu stellen, würde einen schwerwiegenden Fehler darstellen. Die Frage eines EU-Beitritts könnte sich möglicherweise eines Tages stellen; doch heute steht sie nicht zur Debatte. Das Schweizervolk strebt sie nicht an, was jedoch keinen Freipass dafür darstellt, sich auf sich selbst zurückzuziehen.